

Kommunale Forderungen an den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2028

Ein starkes Europa braucht eine eigenständige Kohäsionspolitik

Am 16. Juli 2025 legte die EU-Kommission ihren Vorschlag für einen neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2028 bis 2034 vor. Darin soll der langfristige EU-Haushalt den Schwerpunkt auf neue Prioritäten wie Verteidigung legen. Außerdem soll durch eine einfachere Struktur, zum Beispiel durch Zusammenlegung der Kohäsionspolitik mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), Bürokratie abgebaut und sollen die EU-Mittel pro Mitgliedstaat zentral über die nationalen Hauptstädte ausbezahlt werden. Dazu haben sich die Kommunen positioniert.

Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen wird die finanziellen und politischen Leitplanken für die EU in einer Phase tiefgreifender Transformation festlegen. Geopolitische Verwerfungen, angespannte öffentliche Haushalte und der wirtschaftliche Strukturwandel setzen nicht nur die Kommunen aus gleich mehreren Richtungen unter Druck, sie belasten auch den finanziellen Spielraum der EU.

Gleichzeitig muss der neue Mehrjährige Finanzrahmen auch weiterhin eine Kohäsionspolitik ermöglichen, die den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU nachhaltig fördert und somit einen klaren Mehrwert für die Kommunen sowie die Bürgerinnen und Bürger schafft. Der Kommissionsvorschlag für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen ist aus kommunaler Sicht jedoch kritisch zu bewerten, da er eine Zentralisierung von EU-Politiken vorsieht und dabei die Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im Unklaren lässt.

Die Kohäsionspolitik ist ein primärrechtlich verankerter Kernbestandteil der EU (Art. 174 AEU-Vertrag). Sie trägt entscheidend zur Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz, der regionalen Vielfalt und des territorialen Zusammenhalts bei und ist damit das wichtigste Investitionsinstrument der EU auf lokaler Ebene.

Vor diesem Hintergrund haben sich die kommunalen Spitzenverbände Bayerns und Baden-Württembergs mit dem Positionspapier „Ein

starkes Europa braucht eine eigenständige Kohäsionspolitik. Kommunale Forderungen an einen zukunftsfesten Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034“ auf kommunale Forderungen festgelegt, um diese in die laufenden Beratungen im EU-Parlament und im Rat einzubringen.

Beide Institutionen planen, zur Mitte des Jahres in politische Verhandlungen miteinander einzutreten. Die Kommunen fordern:

1. eine rechtlich verbindliche Mehrebenen-Governance und die strikte Einhaltung des Partnerschaftsprinzips
2. die Einbeziehung aller Regionen (inklusive Bayerns) in die Kohäsionspolitik ab 2028 und die gezielte Unterstützung von Transformationsregionen
3. eine eigenständige Kohäsionspolitik: Städtische und ländliche Räume auskömmlich und ausgewogen fördern und nicht mit anderen Politikbereichen wie der GAP vermengen
4. eine faire Kofinanzierung durch die EU von mindestens 50 Prozent
5. eine langfristige Planungssicherheit statt Meilensteinlogik und „Geld für Reformen“
6. dass der MFR Investitionen in die Menschen durch eine nachhaltige finanzielle Ausstattung des Europäischen Sozialfonds bewahrt

Link zum Positionspapier (Februar 2026):

<https://www.ebbk.de/media/22440/bg-positions-papier-mfr.pdf>

Kontakt: nicolas.lux@ebbk.de